

Corona in den USA – der Podcast des Heidelberg Center for American Studies

21. Januar 2021

„Die ersten 100 Tage – Welche Anti-Corona Maßnahmen ergreift die neue US Regierung?“

Sarah Wagner, Atlantische Akademie Rheinland-Pfalz

Anja Schüler: "Corona in den USA," der Podcast des Heidelberg Center for American Studies. Guten Tag und herzlich willkommen zu einer neuen Ausgabe des Podcasts des Heidelberg Center for American Studies an der Universität Heidelberg. Mein Name ist Anja Schüler. Die Amtseinführung des 46. Präsidenten der Vereinigten Staaten liegt hinter uns und schon in den ersten Stunden seiner Amtszeit hat Joe Biden per Dekret etliche politische Entscheidungen seines Vorgängers rückgängig gemacht. Die Herausforderungen für die neue Administration sind zahlreich und sie waren ja auch Thema unseres letzten Podcast mit Martin Thunert. In dieser Woche wollen wir die Corona-Politik der neuen US-Regierung noch einmal etwas näher in den Blick nehmen. Ich freue mich sehr, dass dafür Sarah Wagner von der Atlantischen Akademie Rheinland-Pfalz mein Gast ist. Sie beschäftigt sich seit vielen Jahren mit der Demokratischen Partei und besonders auch mit der amerikanischen Sozialpolitik. Und sie ist, wenn ich das noch schnell erwähnen darf, ebenfalls Podcasterin. Zusammen mit David Sirakow hat sie in diesem Monat den Podcast "Amerikas Verfassung" ins Leben gerufen. Aber heute begrüßen wir Sie im HCA-Podcast. Herzlich willkommen!

Sarah Wagner: Ja, vielen herzlichen Dank für die Einladung und vielen Dank für den netten Hinweis auf unseren Podcast.

Anja Schüler: Frau Wagner, Joe Biden, Kamala Harris und ihre Ehepartner haben am Vorabend der Amtseinführung am Lincoln Memorial der über 400.000 Corona Toten gedacht, die die USA bis heute beklagen. Wie wichtig war diese Geste?

Sarah Wagner: Diese Geste war enorm wichtig und auch längst überfällig. Wir haben in den USA über 24 Millionen Infektionsfälle zu verzeichnen. Knapp alle 26 Sekunden stirbt ein Amerikaner oder eine Amerikanerin. Jeden Tag sterben fast mehr Menschen als am 11. September. Und dennoch sehen wir gerade im Vergleich zu 9/11 eine ganz andere öffentliche Reaktion. Es scheint, als ob den Toten, den Kranken weniger Raum, weniger Aufmerksamkeit gegeben wird, im Vergleich zu Ereignissen wie dem 11. September. Und auch die gesellschaftliche Reaktion ist anders. 2001 hatte man schnell ein Feindbild vor Augen. Die US-Politik und Gesellschaft war relativ schnell bereit, Finanzen und das US-Militär zu mobilisieren. Und jetzt sehen wir ein tief gespaltenes Land. Die Pandemie wird je nach parteipolitischer Zugehörigkeit teils ganz anders wahrgenommen. Viele der Menschen sterben natürlich auch für ein Up, also isoliert auf den Intensivstationen ohne Kameras. Mehr

als ein Drittel der Todesfälle sind auf Seniorenheime zurückzuführen. Besonders betroffen von COVID-19 sind auch marginalisierte Gruppen, also einkommensschwache Gruppen, schwarze AmerikanerInnen, die indigene Bevölkerung, Latinos, Latinas. Das trägt natürlich auch dazu bei, dass die Pandemie und deren Folgen von einigen Segmenten der Öffentlichkeit nicht zu ernst genommen wird. Daher, um auf Ihre Frage zurückzukommen, war das Zeichen von President Biden und Vize-Präsidentin Harris wichtig. Beide haben empathisch über die Bedeutung von Trauer gesprochen; die Rolle von Erinnerungen, dass es wichtig ist für die Nation, gemeinsam zu trauern. Und es wurde deutlich, dass die Bekämpfung der Pandemie von dieser Administration doch anders angegangen wird und dass man ihr die Aufgabe der Regierung auch anders sieht.

Anja Schüler: Und das heißt auch, dass die Bekämpfung der Pandemie ganz oben auf der Agenda der neuen Regierung steht.

Sarah Wagner: Ja, die Bekämpfung der Pandemie wird zentral sein für diese Regierung. Als kurzer Rückblick in den USA: man hat den Sommer einfach verstreichen lassen, ohne detailreich auf die Trump-Administration einzugehen. Aber die Verantwortung wurde hier auf die Bundesstaaten abgewälzt. Die Pandemie wurde politisiert und gleichzeitig standen dadurch diese einzelnen Staaten in Konkurrenz zueinander. Wenn es z.B. um den Kauf von Masken oder Beatmungsgeräten ging gab es einfach keine Führung auf der Bundesebene und deswegen steht Corona sehr hoch auf der Agenda hier. Nicht nur, weil es wirklich um Leben und Tod geht, sondern auch, weil von einer erfolgreichen Pandemiebekämpfung auch viele andere Faktoren abhängig sind. Schauen wir uns nur die Wirtschaft an oder den Bildungssektor. Biden und sein Team wissen, wenn sie die Pandemie nicht halbwegs unter Kontrolle bringen, wird es auch schwierig sein, andere politische Vorhaben durchzusetzen. Joe Biden hat im Wahlkampf schon einen 7-Punkte-Plan vorgestellt, den möchte ich nur kurz anreißen, dann können wir nachher auch drauf eingehen, welche konkreten Punkte umgesetzt werden oder werden sollen. Diese 7 Punkte waren als erstes eine Verbesserung der Test- und Nachverfolgungsstrategie von Infektionen; zweitens eine bessere Versorgung der Krankenhäuser zu gewährleisten, gerade wenn es hier um die sogenannten PPE geht, also Personal Protective Equipment, also die Ausrüstung, Masken etc. Dann wollte man, drittens, nationale Guidelines für Gemeinden entwerfen, gerade auch für Schulen und Geschäfte. Ab wann darf man wieder öffnen? Wie kann man sicher mit dieser Pandemie umgehen? Welche Regelungen sollen hier getroffen werden? Viertens ging es um eine effektive und gerechte Verteilung von Mitteln. Fünftens, daran anschließend, auch der vorrangige Schutz von älteren Menschen und besonders schwer betroffenen Gruppen sollte. Und sechstens, ganz wichtig auch, dass man die Zusammenarbeit verbessert zwischen Institutionen. Hier geht es auch um die Weltgesundheitsorganisation etc. Und siebtens, dass man einen Masken-Mandat versucht umzusetzen in einem gewissen Umfang. Und natürlich auch der Appell an die AmerikanerInnen Masken zu tragen. Also ganz grob waren das so

diese Hauptpunkte, mit der die Biden-Kampagne geworben hat. Und jetzt gibt's mittlerweile auch konkrete Pläne.

Anja Schüler: Wie sehen die im Detail aus?

Sarah Wagner: Hier muss man unterscheiden zwischen den Exekutivanordnungen, die Biden gleich im Amt unterschreiben kann, teils auch schon unterschrieben hat. Und diesem Gesetzespaket, das durch den Kongress muss. Also zu den Exekutivanordnungen: Die sind auch Teil einer Aktion, dass die Biden-Administrationen natürlich zeigen will, man nutzt schon die ersten zehn Tage gleich voll aus. Man setzt ein Zeichen. Relevant für die Pandemie sind natürlich der Wiedereintritt in die Weltgesundheitsorganisation, da können wir später auch nochmal gerne drüber sprechen. Ein Maskenmandat in öffentlichen Gebäuden, also in Federal Buildings, und auf öffentlichen Grundstücken, teils auch mittlerweile an Flughäfen und in öffentlichen Verkehrsmitteln. Das soll alles Teil sein, einer hundred days masking challenge, also dieser Aufruf an die Bevölkerung, Masken zu tragen. Dann haben wir auch institutionelle Aspekte. Die Berufung eines COVID-19 response coordinators und die Wiederherstellung von gewissen Gruppierungen, Gruppen und Räten innerhalb des Weißen Hauses, die sich mit den Themen globale Sicherheit und Gesundheit beschäftigen. Interessant auch: Biden will den Defence Production Act nutzen, und zwar um die Herstellung von mehr Impfmateriale zu erleichtern. Es gibt auch Anordnungen, die die Auswirkung der Pandemie abmildern sollen, also z.B. ein Moratorium, was die Räumungen von bestimmten Wohnungen betrifft und so weiter und so fort. Das passiert in diesen Tagen, dass hier sehr viele Exekutivanordnungen verkündet werden. Und diese Anordnungen sind schnell und problemlos zu erledigen. Aber schwieriger wird es ein bisschen, wenn wir uns das von Biden vorgeschlagene Gesetzespaket anschauen. Hier nur ein paar Eckpunkte: Joe Biden hat einen Plan vorgelegt, knapp 1,9 Millionen Dollar schwer, und die zwei Kernelemente sind hier ganz verknapp; erstens mehr finanzielle Hilfen für die AmerikanerInnen zu gewährleisten und natürlich auch die Wirtschaft anzukurbeln sowie ein Hochfahren der Impfstoffverteilung. Dieser Plan wird auch "American Rescue Plan" genannt und insgesamt sollen hier 400 Milliarden Dollar verwendet werden, um Impfbomben oder Verteilungszentren zu errichten, Personal einzustellen. Denn wir müssen uns natürlich in Erinnerung rufen, das US-Gesundheitssystem arbeitet ja schon am Limit. Also hier fehlt es teilweise einfach an Kapazitäten in den Krankenhäusern, um jetzt noch eine nationale Impfkampagne durchzuführen. Und das Geld soll auch dazu verwendet werden, Schulen in die Lage zu versetzen, wieder sicher zu öffnen können und wieder sicher den Betrieb aufnehmen zu können. Weitere wichtige Elemente sind im Detail dann nochmal Direktzahlungen an Haushalte, hier spricht man aktuell von ungefähr 1.400 Dollar; eine weitere Unterstützung der Arbeitslosenhilfe; dann auch interessante Aspekte wie eine Erhöhung des Mindestlohns auf 15 Dollar, dann die finanzielle Unterstützung für die Bundesstaaten soll ausgeweitet werden und vieles mehr. Also es gibt noch weitaus mehr Details. Und auch interessant: in den ersten 100 Tagen will Joe Biden 100 Millionen Impfdosen verteilt sehen. Hier muss man ein bisschen

aufpassen: oft wird geschrieben in den Medien, es sollen 100 Millionen AmerikanerInnen geimpft werden. Aber es sind ja zweifache Impfungen. Das heißt, so wie ich es aktuell sehe, wie ich diese Aussagen einschätze, geht es hier in erster Linie um 100 Millionen Impfdosen und das wird natürlich eine Teamanstrengung sein für das Team um Biden.

Anja Schüler: Ja genau. Eine Personalie haben Sie schon angesprochen. Welches Team hat sich so Biden zusammengestellt für die Bekämpfung der Pandemie?

Sarah Wagner: Biden hat ein sehr interessantes Team zusammengestellt. Er hat hier schon während der Kampagne damals sehr früh diesen Advisory Council um sich geschart, mit sehr vielen WissenschaftlerInnen. Einige davon sind jetzt auch in die Administration gewechselt. Vielleicht hier nur ein paar interessante Namen: an der Spitze steht hier der ehemalige Attorney General aus Kalifornien, Xavier Becerra. Er soll das Gesundheitsministerium führen, also das Health and Human Services Department. Becerra selbst kommt nicht aus der Gesundheitspolitik, hat aber damals schon um den Erhalt des Affordable Care Act, also um Obamacare, vor Gericht gekämpft, ist also sozusagen vertraut mit dieser Materie. Eine sehr wichtige Rolle wird auch Jeff Science spielen, der schon unter Barack Obama im Weißen Haus im Kontext von Obamacare gearbeitet hat und der jetzt auch der Koordinator für die Pandemiepolitik unter Joe Biden werden soll. Dann, als Surgeon General hat Joe Biden Doktor Vivek Murthy ernannt, der war auch schon vorher als Corona-Berater für Biden tätig und wird jetzt auch weiter tätig sein. Dann auch sehr interessant: es gibt eine neue Arbeitsgruppe, die darauf abzielt, die Disparitäten in der Gesundheitsvorsorge oder -versorgung zu mindern. Ich hatte ja schon anfangs erwähnt, dass bestimmte gesellschaftliche Gruppen unterschiedlich betroffen sind von COVID-19 und hier ist jetzt am Dr. Marcella Nunes Smith, die sich sozusagen um diese Arbeitsgruppe kümmern wird. Und vielleicht, last but not least, gibt es auch eine neue Direktorin des Centers for Disease Control and Prevention. Das ist unter der Trump-Administration ja auch etwas sehr in die mißliche Lage gekommen und hat sich teilweise politischem Druck gebeugt, was bestimmte Empfehlungen für die Pandemie betrifft. Aber jetzt wird mit Dr. Rochelle Walensky eine neue Direktorin hier an der Spitze stehen und es wurde auch schon angekündigt, dass das Center die bisherigen Anweisungen zum Umgang mit COVID-19 auch nochmal überprüfen wird. Was es gilt zu beobachten, ist einfach die Frage: Wer wird wie viel Einfluss haben, wer wird den Ton angeben? Was für genaue Hierarchien werden sich hier herausbilden? Aber ich denke, wer vor allem wichtig ist, ist wirklich Jeff Science, der auch unter Obama diesen high-profile Posten hatte, als es 2014 um die Ebola-Pandemie ging. Er wird die erste Kontaktperson sein für Biden und versuchen, diese unterschiedlichen Prozesse zu koordinieren.

Anja Schüler: Falls unsere Hörerinnen und Hörer sich wundern, dass der Name von Anthony Fauci noch nicht gefallen wir werden sicherlich noch auf ihn zu sprechen kommen. Sprechen wir doch erstmal über die große Impfkampagne. Sie haben sie eben schon angesprochen. Nun sehen wir ja hier in Europa, dass diese Impfungen nur

schleppend angelaufen sind, nicht zuletzt, weil der Impfstoff fehlt. Wie sieht es da in den USA aus? Werden Impfzentren eingerichtet? Gibt's genug Impfstoff?

Sarah Wagner: Ganz genau, das ist jetzt die komplexe Fragestellung. Die Washington Post hat einen schönen Überblick veröffentlicht, die den Plan von Biden etwas greifbarer macht. Dieses Programm von Biden soll sogenannte Community Vaccination Centers beinhalten, also Impfzentren in den Gemeinden, die dann aller Voraussicht nach von der Federal Emergency Management Agency und der Nationalgarde betreut werden. Es soll mobile Kliniken geben für die gerade schwer zu erreichbaren ländlichen Gebiete und es steht auch im Raum, dass man knapp 100 000 zusätzliche Personen anheuert, um diesen Impfprozess und die Contact Verfolgung zu unterstützen. Wenn man das mal hochrechnet: Es gab hier auch einen Beitrag, wie das aussehen könnte. Wenn man wirklich von einer Millionen Impfungen pro Tag für hundert Tage ausgehen würde, bräuchte das laut einigen Analysten mindestens 400 Impfstellen im Land. Man müsste noch zwischen 100.000 knapp 200.000 Personen einstellen. Wenn man 12 Stunden pro Tag durchimpft, 10 Stationen pro Impfstelle, könnte man idealerweise 200 Leute pro Stunde impfen. Es ist schon sehr ambitioniert. Dr. Fauci, Sie haben ihn schon erwähnt, hat gesagt, das ist machbar. Aber hier gibt's natürlich auch vorweg einige Probleme, die sich vorher schon gezeigt haben in dieser Impfkampagne bzw. auch wenn wir uns anschauen, wie in den Bundesstaaten bisher damit umgegangen ist. Und hier vielleicht drei Hürden, die ich gerne kurz einmal ansprechen würde, um zu erklären, warum das so schleppend läuft oder gelaufen ist. Und zwar betreffen diese Hürden das Angebot, die Impfnachfrage und die Durchführung der Impfung, also sozusagen der administrative Aspekt. Die Impfungen in den USA sind relativ ruckelig angelaufen. Hier hängt man dem eigentlichen Zeitplan hinterher. Es gab viele logistische Probleme. Das ursprüngliche Ziel war, dass man bis Ende Dezember 2020 20 Millionen AmerikanerInnen geimpft hat. Das wurde nicht erreicht. Aktuellen Zahlen zufolge wurden bisher 46% von 36 Millionen Impfungen, die an die Staaten geschickt wurden, durchgeführt. Also hier ist etwas Luft nach oben. Man muss auch ein bisschen vorsichtig sein. Es besteht teilweise noch Unklarheit, was diese genaue Datenlage betrifft. Viele Bundesstaaten geben an, dass sie eigentlich mehr Impfdosen benötigen. Die Biden Administration hat erst jetzt Zugang zu diesen entsprechenden Daten bekommen. Hier gibt es also so einige widersprüchliche Aussagen, wenn man sich die Zahlen anschaut. Woran lag das teilweise? Also ganz pragmatische Sachen: gerade zum Jahreswechsel, die Feiertage lagen dazwischen, das hat vieles natürlich verzerrt. Dann wurden diese zwei Impfungen teils zurückgehalten, da erst ältere Menschen geimpft werden sollten, aber genau diese Programme noch nicht richtig angelaufen waren. Und was ich anfangs auch schon erwähnt habe, nicht überraschend, weil einfach das Personal und die Krankenhäuser überfordert waren, diese Impfkampagnen durchzuführen, die Daten einzugeben und so weiter und so fort. Und oft haben auch die lokalen Gesundheitsämter teilweise nicht genügend Vorlaufzeit gehabt, wenn diese Impfdosen bei ihnen ankamen, um dann die geeigneten Kandidaten sozusagen so schnell zu finden. Also es gab gewisse Bottle Neck Situationen und vielleicht noch

einen Punkt am Ende, der hier noch wichtig ist oder der sehr problematisch ist aus meiner Sicht und oft weniger diskutiert wird. Es gibt auch einfach die Lage, dass viele MitarbeiterInnen in den Krankenhäusern, diese Healthcare Workers, dass sich da doch ein großer Teil nicht impfen lassen möchte. Also hier herrscht Skepsis, was die Impfung betrifft, was vielleicht nicht verwunderlich ist, wenn wir uns die öffentliche Debatte in den USA anschauen, die öffentliche Kommunikation, auch gerade vonseiten der Regierung. Das ist ein Punkt. Und auch die marginalisierten Gruppen, die ich angesprochen habe z.B. schwarze AmerikanerInnen, sind doch zögerlicher. Denn hier hat man in der Geschichte natürlich auch viele schlechte Erfahrungen mit dem US-Gesundheitssystem gemacht. Hier steht teils ein enormes und auch nicht unberechtigter Vertrauensproblem zwischen diesen Bevölkerungsgruppen und dem Gesundheitssystem. Das heißt, wir haben hier auch ein supply and demand- Problem. Man hofft jetzt gerade unter Biden, dass bald auch Apotheken in großen Ketten wie z.B. COSCO, Walmart oder CVS, Impfungen anbieten können. Das wäre natürlich eine enorme Verbesserung.

Anja Schüler: Dann sollten wir für unsere deutschen Hörerinnen und Hörer vielleicht noch dazusagen, dass man sich in Amerika tatsächlich im Drogeriemarkt gegen die Grippe impfen lassen kann.

Sarah Wagner: Genau, wie in einem großen DM kann man sich da gleich noch die Impfung abholen. Und da die natürlich auch sehr gut verteilt sind, diese Drogeriemärkte etc, wäre das natürlich auch eine Entlastung, dass man nicht nur sozusagen auf diese nationalen Impfzentren zurückgreifen müsste. Aber was auch noch problematisch, ist es bedarf einer groß angelegten Kommunikationsstrategie. Wir hatten sehr viel Misinformation, die geteilt wurde durch die letzte Administration, d.h. Informationen müssen besser an die Bevölkerung gebracht werden und auch das Management von Erwartungen muss besser betrieben werden. Also wie gesagt, das sind diese gesellschaftlichen und logistischen Hürden, die neben den politischen Hürden noch stehen.

Anja Schüler: Genau. Sie haben jetzt die administrativen, die organisatorischen und auch die Hürden in der Kommunikation angesprochen. Politische Hürden gibt's auch noch zu bewältigen.

Sarah Wagner: Ja, es gibt einige Hürden. Wie gesagt, diese Exekutivanordnung ist sehr leicht. Da bedarf es keiner Zustimmung im Kongress. Das kann Biden ganz alleine entscheiden. Aber wenn wir uns mit diesem Hilfspaket noch etwas genauer beschäftigen, dass das Team von Biden vorgelegt habe, da gibt's noch große Hürden. Es wurde viel Zeit verschwendet unter Donald Trump, das heißt, der Zeitdruck ist einfach enorm aktuell. Joe Biden hat das selbst gesagt, dass der Januar noch weitaus dunkler werden könnte, was die Todeszahlen betrifft. Und der Plan von ihm muss jetzt erstmal durch den Kongress. Der Senat ist auch noch mit dem Impeachment beschäftigt, der Senat muss noch das Kabinett von Joe Biden bestätigen. Und jetzt diese dritte Aufgabe, dieses legislative Paket, muss verabschiedet werden. Und das ist

natürlich eine Herausforderung. Er braucht, um diesen American Rescue Plan durch den Kongress zu bringen, besonders um ihn durch den Senat zu bringen, mindestens zehn Stimmen von den Republikanern. Er kann auch versuchen, einzelne Aspekte dieses Plans verabschieden zu lassen, mit einer einfachen Mehrheit. Das ginge durch einen Prozess, und jetzt wird es etwas nerdy für alle ZuhörerInnen, und zwar den Budget Reconciliation Process. Und das ist ein Prozess, bei dem Vorhaben mit einer einfachen Mehrheit im Senat verabschiedet werden können, die z.B. ganz präzise mit Steuern oder Ausgaben zu tun haben. Normalerweise werden für ein großes Gesetzespaket 60 Stimmen benötigt, um ein Filibuster zu vermeiden, also um zu vermeiden, dass ein Senator, eine Senatorin das Gesetzesvorhaben blockieren kann. Und dieser Reconciliation Process wurde auch schon oft genutzt. Also z.B. wenn wir an Steuerreform denken oder auch Teile von Obamacare unter Obama, also der Affordable Care Act, wurden auch mit diesem Prozess durchgesetzt. Das sind diese zwei Möglichkeiten, die Joe Biden hier hat. Die eigene Partei steht relativ gut hinter Joe Biden, also der linke und der progressive Flügel. Die sind natürlich sehr interessiert an den Direktzahlungen für die BürgerInnen. Auch die Erhöhung des Mindestlohns wird hier befürwortet. Aber auch z.B. die Zuzahlung zum Arbeitslosengeld stoßen auf breite Unterstützung. However, wir sprechen ja über die Hürden. Das heißt, wir müssen über die Republikaner sprechen. Und die haben in erster Linie zwei große Kritikpunkte. Zum einen wird gesagt, dieses Rettungspaket kommt viel zu schnell, weil erst im Dezember ein Rettungspaket verabschiedet wurde. Ja, dass man hier den Bedarf noch nicht sieht in dem Ausmaß, wie es die Demokraten tun. Zweitens wird argumentiert, dass die Demokraten zu viele eigene politische Prioritäten in dieses Paket eingebunden hätten, die nicht unbedingt etwas mit der Pandemie zu tun haben, sondern schon lange demokratische Vorhaben sind, wie das eben erwähnte Beispiel die Erhöhung des Mindestlohns. Man argumentiert dann weiter, dass auch gerade durch solche Projekte, also Mindestlohn, die weitere Unterstützung des Arbeitslosengeldes ja dazu führen würden, dass die Leute zu Hause bleiben, obwohl man sie eigentlich zur Rückkehr zur Arbeit ermuntern will. Und das es somit zu einem Mangel an Arbeitskräften kommen könnte, wenn die Wirtschaft ja eigentlich wieder anlaufen soll. Und vor allen Dingen die Erhöhung des Mindestlohns ist hier ein Dorn im Auge. Das heißt, Biden könnte hier wertvolle Zeit verlieren, wenn es um die Verhandlungen mit den Republikanern geht. Das, würde ich sagen, sind die größten Hürden gerade im Senat.

Anja Schüler: Da sind wir schon wieder bei unserem Lieblingsthema, der politischen Polarisierung, oft angesprochen in den letzten Folgen des HCA-Podcasts. Nun war in den letzten Wochen auch immer wieder die Rede davon, dass Joe Biden als Präsident die tief gespaltene Nation aussöhnen muss. Es scheint fast unmöglich, aber könnte eine spürbare Verbesserung der Corona-Situation dazu beitragen?

Sarah Wagner: Ja, Aussöhnung, das ist ein schweres Wort, ein schweres Konzept, wenn man sich gerade die US-Politik und die US-Gesellschaft anschaut. Denn für eine Aussöhnung bedarf es natürlich auch einer Aufarbeitung, einer Übernahme von

Verantwortung. Das sehe ich momentan noch nicht, gerade auf Seiten der Republikanischen Partei. Aber gleichzeitig denke ich schon, dass wenn sich diese Corona-Situation und die Pandemie verbessert, dass auch hier eine gewisse Entspannung eintreten kann. Denn natürlich, je länger die Schulen geschlossen sind, je länger die Arbeitslosenzahlen so schlecht sind und die Amerikaner und die Amerikanerinnen nicht einen gewissen Grad an Normalität zurückerhalten, desto mehr wird sich natürlich auch Frustration und teils diese Verzweiflung in die Gesellschaft eingraben und desto mehr werden sich die Fronten verhärten. Wenn sich die Lebenssituation der Bevölkerung hier spürbar verbessert, wird es auch etwas den Druck aus der aktuellen Situation nehmen.

Anja Schüler: Gut, dann werfen wir doch abschließend nochmal einen Blick auf die internationale Ebene. Den von Donald Trump eingeleiteten Austritt der USA aus der Weltgesundheitsorganisation hat Joe Biden Stunden nach seinem Amtseid gestoppt. Was passiert da jetzt?

Sarah Wagner: Genau, das hat Joe Biden auch vorher schon angekündigt. Joe Biden versteht sich als Institutionalist, als Multilateralist. Das heißt, er schätzt internationale Abkommen, Organisationen, auch die Zusammenarbeit mit Alliierten. Das heißt, hier wurde natürlich ein Zeichen gesetzt, ein Signal gesendet, dass die USA in Zukunft auch wieder verstärkt multilateral agieren möchten. Also gerade angesichts einer so globalen Bedrohung wie der Corona-Krise, die ja auch diese globale Zusammenarbeit letztendlich einfordert, da die Viren natürlich nicht nicht haltmachen vor den Grenzen. Und interessanterweise und hier schließt sich der Kreis wird Dr. Fauci, der auch in der Trump-Administration aktiv war und der auch weiterhin aktiv sein wird in der Biden-Administration. Das war natürlich von Joe Biden angedacht, wirklich die Hände ausstrecken, also auch Zusammenarbeit mit den Republikanern bzw. mit ehemaligen Mitgliedern der letzten Administration. Dr. Fauci wird hier eine US-Delegation zur Organisation anführen, also zur Weltgesundheitsorganisation. Und man will sich hier auch an diesen globalen Plänen gegen COVID-19 beteiligen. Besonders interessant ist hier auch, dass Tony Blinken, also der zukünftige Außenminister unter Joe Biden, angekündigt hat, dass die USA auch der Covax-Initiative beitreten wollen, also die Initiative die einkommensschwachen Nationen Impfmittel zur Verfügung stellen will. Wir sehen auch hier diese andere politische Haltung von Joe Biden, diese Rückkehr zum Multilateralismus anhand oder angesichts der Corona-Pandemie.

Anja Schüler: Und wir hoffen natürlich auch, dass wir diese Rückkehr des Multilateralismus auch in anderen Bereichen der amerikanischen Außenpolitik sehen. Ja, ganz herzlichen Dank für dieses Gespräch, Sarah Wagner von der Atlantischen Akademie Rheinland-Pfalz. Das war der HCA-Podcast. Mein Name ist Anja Schüler und ich möchte Sie noch hinweisen auf die Rupert Carola Ringvorlesung mit dem Titel "Quo Vadis USA?" Sie können die neuen Beiträge immer mittwochs auf HeiOnline abrufen, der Plattform für digitale Vortragsformate an der Universität Heidelberg. In dieser Woche finden Sie dort einen Vortrag des Frankfurter Historikers

Simon Wendt, der der Frage nachgeht, ob wir mit der Black Lives Matter Bewegung eine neue Bürgerrechtsbewegung sehen. In der nächsten Woche werden wir dann hier im HCA-Podcast die Bürgermeister von Heidelberg und Heidelbergs Partnerstadt Palo Alto zu Gast haben, Eckhard Würzner und Tom DuBois. Mit ihnen spreche ich über die Auswirkungen der globalen Pandemie auf ihre Städte. Für heute verabschiede ich mich und bedanke mich auch im Namen meines Teams fürs Zuhören. Wir freuen uns, wenn Sie in der nächsten Woche wieder den HCA-Podcast anklicken. Bis dahin bleiben Sie gesund.